

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/240

16. Dezember 1975

Berlin bleibt weltpolitisches Barometer

Die Wege der Entspannung führen nicht an der Stadt vorbei

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Ein Motor für Europas Integration

Das EG-Parlament muß sich rechtzeitig der europäischen Beamten annehmen

Von Horst Gerlach MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Mißbrauch einer Notlage

Zu den angekündigten Preiserhöhungen der Zahntechniker

Von Dr. Heidi Strelitz MdL
Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses der SPD
Hessen-Süd

Seite 5 / 46 Zeilen

Vor "Realpolitik" wird gewarnt

Über einen historischen Begriff, der keine Wiederbelebung erfahren sollte

Seite 6 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Ederl

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 08 82 848 - 45 ppen d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Berlin bleibt weltpolitisches Barometer

Die Wege der Entspannung führen nicht an der Stadt vorbei

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Vorstandes der SPD

Unser Land ist geteilt und mit ihm Berlin. Wir haben Schritte unternommen, um die Auswirkungen der Teilung weniger spürbar zu machen. Wir sprechen davon, daß wir mehr Normalität gewonnen haben. Das alles ist richtig und wichtig. Darüber darf aber nie vergessen werden, daß es wirkliche Normalität nicht geben kann, solange ein Volk gewaltsam geteilt ist und solange eine Mauer mitten durch eine Stadt geht. Mit großem Nachdruck wird heute überall in der Welt das Recht auf Selbstbestimmung betont. Wir unterstützen das. Wir weisen aber auch ebenso nachdrücklich darauf hin, daß den Deutschen in einem Teil ihres Landes dieses Selbstbestimmungsrecht bis heute vorenthalten wird.

Unsere Landsleute in der DDR und unsere Mitbürger in Ostberlin sind nicht gefragt worden, als man sie von uns getrennt hat. Wir wissen, wie ihre Antwort ausfallen würde, und die Führung der DDR weiß es natürlich auch, und alle Welt weiß es. Deshalb ist es reiner Zynismus der Macht, wenn der Staatsratsvorsitzende der DDR sagt, auch in Zukunft sei alles Bemühen um Wiedervereinigung und sogenannte innerdeutsche Beziehungen Illusion und zum Scheitern verurteilt. Und wenn Stoph behauptet, das Volk der DDR habe sich seit langem in freier Selbstbestimmung für den Sozialismus entschieden. Die Führung der DDR muß sich fragen lassen: Wozu denn dann noch die Mauer, wenn das Volk zu dem steht, was man dort Sozialismus nennt? DDR-Außenminister Fischer hat sich in Schweigen gehüllt, als er vor einigen Tagen in Schweden von schwedischen Journalisten mit dieser Frage konfrontiert wurde. Er wird wissen warum.

Nehmen wir einmal an, die Führung der DDR hätte recht mit ihren Äußerungen. Dann hätten wir die Entscheidung der Deutschen in der DDR zu respektieren. So ist es aber nicht. Deshalb behält jedes Wirken für die Einheit der Nation seinen Sinn, weil es Arbeit im Sinne der Übergroßen Mehrheit des ganzen deutschen Volkes ist. Das Ringen um die Einheit der Nation hat nichts, aber auch gar nichts mit Machtansprüchen oder Ähnlichem zu tun. Es hat erst recht nichts mit Drohungen zu tun oder gar mit Gewalt. Denn unsere Politik ist und bleibt orientiert am Frieden und an der Nation. Wir wissen, daß Grenzen zwischen Völkern, die sich gegenseitig vertrauen, mehr und mehr ihren trennenden Charakter verlieren. Wir wissen, daß wir ein Teil Europas sind. Gerade weil das so ist, können wir nicht akzeptieren, daß die Grenze zwischen den Deutschen, die Grenze mitten durch ein Volk also, trotz aller Erleichterungen noch immer die trennendste Grenze der Welt ist. Das nun bald hinter uns liegende Jahr war wiederum gekennzeichnet von dem Bemühen, die Texte des Viermächte-Abkommens über Berlin mit Leben zu erfüllen. Noch immer mauert die andere Seite, wo sie kann. Aber sie muß doch zunehmend erkennen, daß die Wege der Entspannung nicht an Berlin vorbeigehen können. Und sie muß auch erkennen, daß es den Schutzmächten ernst ist mit ihrem Engagement in Berlin und für Berlin.

Dies ist bei meinem Besuch in den Vereinigten Staaten von Amerika wieder einmal ganz deutlich geworden. Wir haben das Wort des amerikanischen Präsidenten und seines Außenministers, so wie wir das Wort ihrer Vorgänger

hatten und das Wort ihrer Nachfolger haben werden. Wenn sich Berlin nun seinerseits mit besonderem Engagement an den Feierlichkeiten zum 200jährigen Bestehen der USA beteiligt, so ist dies für uns mehr als eine Repräsentationspflicht. Es ist ein Beitrag, der von Herzen kommt und ein Ausdruck der Dankbarkeit sein soll für das, was die Amerikaner für diese Stadt geleistet haben. Nach außen ist Berlin gesichert. Die Schutzmächte stehen dafür ein. Und wenn es Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Viermächte-Abkommens gibt, so ist dies schmerzlich. Aber es ist kein Grund, den Weg für falsch zu halten, der mit dem Abkommen beschritten wurde.

Es wäre falsch, aus der Tatsache, daß sich beispielsweise die DDR-Führung in einigen Punkten abkommenswidrig verhält, zu schließen, das Vereinbarte an sich sei schlecht. Denn erst umgekehrt wird es richtig: Weil wir es mit Vertragspartnern zu tun haben, die - um es milde zu sagen - schwierig sind, gerade deshalb brauchen wir Vereinbarungen dieser Art. Kurz gesagt: Der beste Vertrag macht aus der Führung in Ostberlin nicht automatisch einen verlässlichen, einen guten Vertragspartner. Aber Verträge müssen sein - im Interesse der Stadt und um der Menschen willen. Ich bekenne mich - gerade auch im Blick auf die Schwierigkeiten dieser Tage - zum Viermächte-Abkommen über Berlin und so auch zur Vertragspolitik unserer Bundesregierung. Und es war richtig, daß alle Regierungen in Europa - mit Ausnahme von Albanien - das Manifest von Helsinki unterzeichnet haben. Aber ich bekenne mich mit dem gleichen Engagement dazu, all diese Abkommen und Verträge und das Dokument von Helsinki voll und uneingeschränkt mit Leben zu erfüllen. Hier darf es kein Nachlassen und auch kein Leisetreten geben. Das bedeutet, daß es beispielsweise mehr Freizügigkeit in Deutschland geben muß. Es bedeutet übrigens auch, daß die Journalisten aus der Bundesrepublik - also auch die aus West-Berlin - frei und unbehindert in Ostberlin und in der DDR arbeiten dürfen. Das bedeutet aber vor allem, daß in Berlin das Abkommen der Vier strikt eingehalten und voll angewendet werden muß und das in allen seinen Bestandteilen. Am Barometer Berlin kann alle Welt ablesen, wie die Staatsführungen in Osteuropa wirklich und an Tatsachen überprüfbar bereit sind, Spannungen auf unserem Kontinent konstruktiv abzubauen.

Zu den Schritten, die notwendig sind, um voranzukommen in Europa und in Deutschland und damit im Interesse Berlins gehört übrigens auch das Bemühen um Ausgleich und um Versöhnung mit unseren polnischen Nachbarn. Das ist gewiß nicht leicht, aber es muß getan werden. Ich rate mit großem Nachdruck davon ab, dies alles zu verschieben auf spätere Zeiten. Ich rate vielmehr dazu, es jetzt zu tun. Und dies nicht zuletzt auch um der vielen, vielen deutschen Landsleute willen, die zu uns - in den freien Teil Deutschlands - kommen wollen. Unsere Politik dient dem Frieden und der Nation. Beiden also, wir wären falsch beraten, den Frieden auf Dauer den Notwendigkeiten der Nation unterordnen zu wollen. Aber es ist ebenso falsch zu meinen, man könnte den Frieden dauerhaft sichern auf Kosten der nationalen Substanz unseres Volkes. Es gilt, dieses Gleichgewicht von Frieden und Nation zu erhalten und es da, wo es in dem Streit der Tagespolitik verlorengegangen sein sollte, wieder herzustellen. Wenn dies als Aufgabe weiter erkannt wird, dann dient es unserem Lande, den Deutschen, dann dient es unserem Berlin. Und das heißt gleichzeitig, es hilft, den Frieden in Europa zu erhalten und zu festigen.

Es gibt in unserer Demokratie Punkte, an denen die Demokraten zusammenstehen. Das macht ihre Stärke mit aus, denn allein in der innenpolitischen Konfrontation der Parteien kann es nicht vorgehen in der Bundesrepublik und mit Berlin und mit Deutschland.
(-/16.12.1975/wi/pr)

+ + +

Ein Motor für Europas Integration

Das EG-Parlament muß sich rechtzeitig der europäischen Beamten annehmen

Von Horst Gerlach MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Selten hat ein europäisches Problem in der Bundesrepublik eine so engagierte Debatte entfesselt, wie das Problem der Verwaltung und der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Wie ein Sturzbach brausen angesichts der Malaise der europäischen Technokratie Ressentiments und Spontanreaktionen heran, bezeichnend für eine lange zurückgestaute Diskussion. Haben die verantwortlichen Politiker und Institutionen, Rat, Parlament, Kommission sowie die Mitgliedstaaten hier nicht etwas versäumt und die administrativen Probleme der europäischen Politiker bisher vernachlässigt? Ein jeder von ihnen hat dieses Thema nur technokratisch behandelt, durch Erlaß von Statusregeln und deren Anpassung, durch Erlaß von Planstellen, Haushaltsansätzen und organisatorische Übergangsmaßnahmen. Über die Grundsatzfragen ist kaum nachgedacht worden, und nun erleben wir einerseits bei den Beamten in Brüssel und Luxemburg deutliche Frustration, ja Unsicherheit und andererseits - keineswegs nur in der Bundesrepublik - eine plötzliche Reaktion, in der sich die Erkenntnis des Problems mit Vorurteilen mischt.

Wir haben es mit einer allgemeinen Erscheinung zu tun; das rasche Wachsen der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die zunehmende Belastung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten mit Lohn- und Gehaltszahlungen zu Lasten der dringend erforderlichen Investitionen haben das öffentliche Interesse an der nationalen Beamtenpolitik in hohem Maße geweckt. Europas Investitionen können an dieser Tatsache sowie an den veränderten Erwartungen für Beschäftigung und Einkommen kaum vorbeigehen. Die europäischen Parlamentarier müssen aber auch verhindern, daß diese Diskussion allein in den Mitgliedstaaten stattfindet. Sie sind berufen, einiges an dieser zurückgestauten Kritik zurechtzurücken und abzuwägen zwischen berechtigter Kritik und den großen Strukturproblemen des öffentlichen Dienstes auch der Europäischen Gemeinschaft.

Europäische Beamte sind sicher nicht der Nabel Europas, aber wir alle wissen aus unserem täglichen Geschäft, daß ihre Motivation, ihre Arbeitsbereitschaft auf allen Ebenen und ihre schöpferische Phantasie unerläßlicher Saugerteig der Integration sind und bleiben. Dies erlaubt aber auch, vertieft über mögliche strukturelle Änderungen nachzudenken. In einer Zeit, da die Europäische Gemeinschaft sich anschickt, die politische Integration mit dem Ziel der Europäischen Union voranzutreiben, steht es dem Europäischen Parlament wohl an, diese Frage aufzugreifen. Eine solche Erörterung bedarf der Beteiligung der Gewerkschaften, denn sie müssen dem Europäischen Parlament ihre Interessenlage verdeutlichen; so kann sich ein konzentrierter Dialog entfalten. Das Parlament wird dabei sicher nicht mit einigen unangenehmen Wahrheiten "hintern Berg halten", denn vor den veränderten Rea-

litäten darf man die Augen nicht verschließen. Doch habe ich selbst den Eindruck, daß die Gewerkschaften nach einer ersten Überraschung einigermüchtern und klarer sehen.

Das Europäische Parlament wird die Eigengesetzlichkeit der Beamtenschaft hinreichend berücksichtigen müssen. Es wird - um vernünftige Arbeitsteilung zu erzielen und "Reibungsverluste" zu vermeiden - darauf zu achten haben, daß gemeinschaftlich gefaßte Beschlüsse nicht allzu sehr auf europäischer Ebene zentralisiert werden. Wenn die Durchführungsgemaßnahme nicht, wo immer möglich, den Mitgliedstaaten Übertragen werden, könnte sich deren Bereitschaft zu europäischen Beschlüssen verringern. Die Leistungen der Verwaltungen aller europäischen Institutionen verdienen Anerkennung. Vom großen Pioniergeist in den europäischen Gründerjahren der 50er und frühen 60er Jahre ist - anscheinend unvermeidlich - einiges verloren gegangen. Die Würdigung großer Leistungen darf nicht, daß die Beamtenschaft - zumal in ihren strukturellen Aspekten - jeder Kritik, jeder Veränderung, jeder Anpassung entzogen ist. Kritik und Überprüfung müssen am strikten Einhalten des Effizienz-Maßstabes ausgerichtet sein. Der Effizienz ist die Gerechtigkeit seitens der europäischen Organe zuzuordnen. An beiden sollten sich der Personaleinsatz von der Einstellung, Bewertung, Umsetzung, Weiterbildung, Beförderung, bis zum Ausscheiden bestimmend orientieren. Das Reformpotential der Fähigkeit europäischer Beamten ist in dieser Hinsicht noch kaum ausgeschöpft.

Ich will das wichtige Problem der Beamtengehälter nicht ausklammern. Ist es zweckmäßig, daß das jetzt zwischen Rat, Kommission und Personalvertretern neu festzulegende System zur Anpassung der Beamtensoldierung ohne Mitwirkung des Parlaments beschlossen wird? Leistet das nicht kritik- und technokratischem Vorgehen Vorschub, da keine öffentliche Diskussion vor den parlamentarischen Gremien geführt wird? Aus technischen Eigenheiten des bisherigen Systems scheint eine nicht unbeträchtliche Privilegierung europäischer Beamter zu resultieren. Aber das Parlament sollte auch die Grundsatzfragen stellen: Ist das Gehaltsniveau europäischer Beamten richtig? Wenn Attraktivität dem europäischen Dienst gegeben, dann wohl sicher nicht aus materieller Sicht. Die Ursachen der "Malaise" liegen tiefer. Entspricht die Gehaltsstruktur den Erfordernissen? Ist die Gehaltsfestsetzungsmethode zu überdenken im Sinne einer Abkehr von einem einheitlichen Prozentsatz für alle Kategorien und Grade? Ist nicht ein Sonderstatus zu werden: Ich bin gegen die Schaffung eines wie auch immer gearteten Sonderstatus; im Gegenteil, größere Mobilität ist erforderlich, und die Würde sollte dadurch nur behindert werden. Auf alle Fälle: Nennen wir uns dieser Frage nicht an, werden sich andere mit inner beschäftigen.

+ + +

Mißbrauch einer Notlage

Zu den angekündigten Preiserhöhungen der Zahntechniker

Von Dr. Heidi Streletz MdL

Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses der SPD Hessen-Süd

Nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes sind Leistungen für Zahnersatz zu Pflichtleistungen der Krankenkassen geworden. Es mußte ein Leistungskatalog zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KZV) und den Krankenkassen ausgehandelt werden, der am 1. Januar 1975 in Kraft trat. Die ausgehandelten Verträge enthalten ein ärztliches Honorar und einen Betrag für Material und Laborkosten.

Bei den RVO-Kassen wurden feste Beträge vereinbart für diese Material- und Laborkosten, bei den Ersatzkassen werden die Laborkosten mit Rechnungsbelegen des Labors offen weitergewälzt an die Krankenkassen. Die Verträge laufen jeweils ein Jahr. Die KZV hat in Anbetracht der Kostensituation bei den Krankenkassen die Verträge stillschweigend um ein halbes Jahr verlängert. Wenn nun die Zahntechniker ihre Preise erhöhen, müßte mit den RVO-Krankenkassen neu verhandelt werden. Aber auch die Ersatzkassen trifft die Erhöhung voll. Bei den Zahnärzten bleibt es ein durchlaufender Posten.

Bei dieser Angelegenheit wird deutlich, daß die Beitragshöhe bei den Krankenkassen auch von Berufsgruppen mitbestimmt wird. Die selbst keine Verträge mit den Krankenkassen haben. Dazu gehören die Zahntechniker, die orthopädischen Werkstätten usw. Es wird notwendig sein, daß diese Berufsgruppen in Verträge eingebunden werden, damit nicht wie jetzt eine einseitige Marktlage ausgenutzt werden kann zugunsten eines Berufsstandes, zu Lasten der Solidargemeinschaft der Versicherten.

Seit 1. Januar 1975 ist der Anteil der Zahnersatzarbeiten sehr stark angestiegen. Die Labors kommen ohne Überstunden und lange Lieferzeiten nicht aus. Die Zahnärzte haben versucht, im Ausland einen Teil der prothetischen Arbeiten schneller geliefert zu bekommen als es im Augenblick in der Bundesrepublik möglich ist. Patienten müssen wochenlang mit provisorischer Versorgung vorlieb nehmen. In dieser Situation erhöhen die Zahntechniker um 9,5 Prozent plus Mehrwertsteuer. Dies bedeutet das Ausnutzen einer Notlage zu einer Zeit, in der alle Beteiligten sich keine Experimente leisten können. Indem die Kostenexplosion im Gesundheitswesen noch gesteigert wird, wird deutlich, wie egoistisch ein Berufsstand denkt.

Der verstärkte Anfall von Zahnersatzarbeiten ist entstanden, weil vorher viele Patienten aus Kostengründen die notwendige Versorgung mit Zahnersatz gescheut haben (zu hoher Eigenanteil). Die Nachfrage ist also gestiegen. Das Angebot an Leistungen von Seiten der Labors kann nur bedingt gesteigert werden. Die geplante Erhöhung ist ein klassisches Beispiel für freie Marktwirtschaft, wo Angebot und Nachfrage den Markt regeln. Nur, erstens, der Wettbewerb fehlt; zweitens, das unternehmerische Risiko ist gleich Null und drittens, der Anspruch auf gesundheitliche Versorgung ist ein Grundrecht jedes Versicherten, das gerade in solchen Situationen besonderen Schutz benötigt. Diejenigen, die es zu bezahlen haben, die Krankenkassen, müßten ein Mitsprecherecht bei der Preisgestaltung haben.

Die genannten Preiserhöhungen der Zahntechnikerinnung beziehen sich auf Hessen. Wie hoch die Erhöhungen in anderen Bundesländern sind, müßte nachgeprüft werden. Jedenfalls ist man von Seiten der Zahntechniker bestrebt, ein bundeseinheitliches Niveau zu erreichen. Dies bedeutet Absprachen über einheitliche Preise bundeweit.

(-/16.12.1975/wi/pr)

Vor "Realpolitik" wird gewarnt

Über einen historischen Begriff, der keine Wiederbelebung erfahren sollte

Seit einiger Zeit taucht in politischen Kommentaren wieder und wieder das Wort "Realpolitik" auf, wenn eine auf Tatsachen fußende, sich mehr an Realitäten als an Ideologien orientierende Politik beschrieben werden soll. So z. B. meinte die höchst respektable "Frankfurter Rundschau" im Zusammenhang mit dem möglichen Verkauf eines deutschen Kernkraftwerks an Südafrika, die Bundesrepublik sei dabei, "Realpolitik" zu betreiben. Um einem etwaigen Mißverständnis vorzubeugen: Hier geht es nicht darum, diese oder jene politische Entscheidung zu bewerten, sondern einzig darum, Wort und Begriff "Realpolitik" unter die Lupe zu nehmen. Denn auch Begriffe, zumal politische, haben ihre Geschichte, die sie auch dann mit sich schleppen, wenn die Akteure oder Beobachter, die sie benutzen, längst gewechselt haben.

Der Begriff "Realpolitik" hat nun einen stark schwarz-weiß-roten Hintergrund und sollte deswegen von allen, die dem Schwarz-Rot-Gold verpflichtet sind, nicht benutzt werden. Er taucht erstmals auf in der 1853 anonym erschienenen Schrift "Grundzüge der Realpolitik" von dem Heidelberger Staatswissenschaftler August Ludwig von Rochau. Als ein Kernsatz dieser Schrift, die von den Ideen von 1848 zu den damaligen Realitäten hinführen sollte kann der folgende Satz gelten: "Ausgangspunkt aller politischen Erkenntnis... ist die Einsicht, daß das Gesetz der Stärke über das Staatsleben eine ähnliche Herrschaft ausübt, wie das Gesetz der Schwere über die Körperwelt".

Das "Schwörterbuch zur deutschen Geschichte" von H. Rössler und G. Frenz (München 1958), ein Werk aus der Schule des deutschen Positivismus, sagt dazu u.a.: "Realpolitik wie sie von Bismarck und Cavour tatsächlich angewandt, von ihren liberalen Kritikern aber als unsittlich gebrandmarkt wurde, bezeichnet eine Politik, die sich von den realen Interessen der Staaten, nicht von bestimmten Ideen leiten läßt". Deutsche Demokraten, namentlich Sozialdemokraten, sollten es da eher mit Friedrich Nietzsche halten: "Bismarcks Machiavellismus mit gutem Gewissen, seine sogenannte 'Realpolitik'" (zit. nach: O. Ladendorf, Historisches Schlagwörterbuch, 1906). Theodor Heuß führte in seinem 1927 veröffentlichten Werk "Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Geschichte" u.a. aus: "Die Realpolitik ist oft in Gefahr, für einen selbstgenügsamen, geschäftigen und sich anpassenden Opportunismus beansprucht zu werden; wenn ihr, d.h. dem, der sie betreibt, das Gefühl für die entscheidende Problematik fehlt, kann sie mit allem Realismus ihrer Mittel in der dauernden Wirkung versagen".

Unübertrefflich die Definition des Großen Brockhaus von 1933: "Der Ausdruck wurde... auf die Politik angewendet, wie sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts besonders Fürst Felix zu Schwarzenberg, Kaiser Napoleon und dann auch Bismarck betrieben; im Innern entschiedene Betonung der Staatsautorität und in der Außenpolitik voller Einsatz der Staatsmacht; vielfach wurde Realpolitik sogar gleichbedeutend mit Mechtpolitik".

Nachdem in der Weimarer Republik Gustav Stresemann seine Politik der Verständigung mit Frankreich aus Rücksichtnahme auf das deutsche Bürgertum als "nationale Realpolitik" bezeichnet hatte, wurde der Ausdruck im Dritten Reich für die brutale Gewaltpolitik des Nationalsozialismus benutzt, so daß er seither diskreditiert ist wie andere Begriffe aus dem "Wörterbuch des Unmenschen", z.B. "Sonderbehandlung", "Endlösung" oder "Lebensraum". Auch die Tatsache, daß amerikanische Gelehrte wie R. Niebuhr oder H.J. Morgenthau unter "real politics" etwas ganz anderes, nämlich die Integration von Macht, Moral und Interesse verstehen, kann daran nichts ändern.

Heinrich Sprenger
(-/16.12.1975/wl/pr)